

**EUROPÄISCHER KONVENT**

DAS SEKRETARIAT

**Brüssel, den 19. Mai 2003**

**(OR. fr)**

**CONV 746/03**

**CONTRIB 327**

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

des	Sekretariats
für den	Konvent
<u>Betr.:</u>	<b>Beitrag des Mitglieds des Konvents Lamberto DINI, Andrew DUFF et Pierre LEQUILLER:</b> " Für eine einzige Präsidentschaft innerhalb des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission <i>in der Zukunft</i> "

---

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag des Mitglieds des Konvents Lamberto DINI, Andrew DUFF et Pierre LEQUILLER erhalten.

**Für eine einzige Präsidentschaft innerhalb des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission *in der Zukunft***

Innerhalb des Konvents herrscht Einigkeit über die Notwendigkeit, die europäische Exekutivgewalt zu stärken, sie sichtbarer zu machen, sie mit mehr „Leadership“-Qualitäten und einer gestärkten Legitimität auszustatten.

Zum derzeitigen Zeitpunkt scheint es jedoch, dass die Debatte innerhalb des Konvents oder rund um den Konvent sich von der freien Suche nach der besten institutionellen Ausdrucksform der gemeinsamen Ziele weg bewegt und eher in ein Kräftemessen oder das reine Verteidigen vorgefasster ideologischer Grundsätze ausartet.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass es möglich ist, eine Antwort auf die Frage der Präsidentschaften der Instanzen des Rates – Europäischer Rat und Ministerrat – zu finden, indem wir sowohl auf die Sorge in Bezug auf die Stabilität eingehen, nämlich darauf, dass das Gleichgewicht der Institutionen nicht in Frage gestellt wird – zwischen den Institutionen und den Mitgliedstaaten (also die Rolle der Kommission nicht in Frage gestellt und Platz für die Rotation gemacht wird) – als auch auf das Ziel der stärkeren Kohärenz und Sichtbarkeit.

In Anbetracht der am 24. April dieses Jahres geäußerten Vorschläge des Präsidiums, der Debatte in der Vollversammlung am 15. Mai und auf der Suche nach einer Lösung, die sowohl ambitioniert ist als auch die Unterstützung einer breiten Mehrheit finden kann, scheint es uns, dass zunächst Folgendes ansteht:

- sich in mehreren Punkten zu einigen, die vom Präsidium den Rat betreffend vorgeschlagen wurden und die wichtige Schritte vorwärts darstellen, insbesondere: die Schaffung eines eigenen Legislativrates, den Vorsitz innerhalb des Rates für auswärtige Angelegenheiten durch den Außenminister der Union, das Prinzip der zweifachen Mehrheit für die Entscheidungsfindung innerhalb des Rates;

- die Frage der Präsidentschaft des Europäischen Rates klar von jener der Ministerräte trennen, wie es die Vorschläge des Präsidiums vorsehen.

Die Kritik, geäußert beim Vorschlag einer stabilen Präsidentschaft des Europäischen Rates, der vom Präsidium gemacht wurde, kann in den folgenden Punkte kurz beschrieben werden:

- die Gefahren von Inkohärenz zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Kommission, deren beider Verantwortungsbereiche in der Exekutive liegen und sich überschneiden könnten (insbesondere: Vorbereitung der Entscheidungen des Europäischen Rates und Folgemaßnahmen, Vertretung der Union nach innen und auf internationaler Ebene). Die Koordinierung von zwei Köpfen in der Exekutive könnte sich als schwierig erweisen und sogar zu einem gewissen Wettstreit führen;
- Gefahr der Komplexität und der schlechten Transparenz für die öffentliche Meinung und auf internationaler Ebene;
- die mögliche Perspektive einer neuen Verwaltung um den Präsidenten, die teilweise die gleichen Tätigkeiten wie jene der Kommission verrichtet;
- Verantwortung des Präsidenten des Europäischen Rates einzig und allein gegenüber dem Rat, wodurch das Europäische Parlament ausgeschlossen wird.

Der wesentliche Vorteil des vom Präsidium unterbreiteten Vorschlages – die Stabilität der Präsidentschaft des Europäischen Rates – wird nicht wirklich in Frage gestellt, aber auch nicht wirklich debattiert. Dieses starke Argument wird durch Einwände, die übrigens von anderen Seiten gegen diesen Vorschlag eingebracht wurden, in den Hintergrund gedrängt.

Zum derzeitigen Zeitpunkt erscheint der Vorschlag des Präsidiums, was die Präsidentschaft betrifft, nicht in der Lage zu sein den nötigen Konsens innerhalb des Konvents herbeizuführen. Deshalb geht es nun darum, über eine Lösung oder Variante nachzudenken, mithilfe derer die fixierten Ziele erreicht werden können und die die Unterstützung des Konvents findet.

In diesem Sinne und mit Respekt gegenüber bestehenden institutionellen Gleichgewichte schlagen wir vor, *in der Zukunft* eine Präsidentschaft der Union einzuführen, die die Funktionen des Präsidenten des Europäischen Rates – wie sie in den Vorschlägen des Präsidiums beschrieben sind (in Art 16 b) – und jene des Kommissionspräsidenten (wie in Art 18 b vorgesehen) in sich vereint. Die Logik der Kohärenz, die auch ausschlaggebend für den Vorschlag eines Außenministers war, der die derzeitigen Funktionen eines Hohen Repräsentanten und eines Kommissionsmitgliedes, das mit den äußeren Angelegenheiten betraut ist, in sich vereint, unterstützt ebenfalls den Gedanken einer einzigen Präsidentschaft.

Im beiliegenden Anhang wird die Verfügung vorgeschlagen, die in den Text der Verfassung (zusätzlicher Art 16 c) eingefügt werden könnte und *deren Inkrafttreten auf einen bestimmten Zeitpunkt festgelegt wird*. Die Mehrheit der Mitglieder des Konvents ist vielleicht der Ansicht, dass die politischen Voraussetzungen der Vereinheitlichung der europäischen

Exekutivgewalt noch nicht gegeben sind und es zum derzeitigen Zeitpunkt angebracht ist, die Dualität der Exekutive aufrecht zu erhalten. Wenn das der Fall ist, sollten wir *für die Zukunft* an eine einzige Präsidentschaft denken. Deshalb schlagen wir eine Frist von zwei Mandaten des Europäischen Parlaments vor, es sei denn, der Europäische Rat entscheidet einstimmig über eine Vereinheitlichung durch Antizipation. Andernfalls wäre es möglich, dass es nicht innerhalb der vorgesehenen Frist zu einer einzigen Präsidentschaft kommt, wenn der Europäische Rat nicht mit mindestens einer qualifizierten Mehrheit entscheidet (fünf Sechstel der Mitgliedstaaten, die zwei Drittel der Bevölkerung der Union darstellen).

Die Verfügung würde vorsehen, dass der Präsident für die Dauer von zweieinhalb Jahren gewählt wird. Er würde vom Europäischen Rat vorgeschlagen und vom Wahlkollegium bestätigt werden, das sich aus Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zusammensetzt. Diese Vorgangsweise der Ernennung würde dem Präsidenten das Gewicht, die Unabhängigkeit und die nötige Legitimität verleihen, um die Union zu repräsentieren (eine Alternative bestünde darin, einzig und allein dem Europäischen Parlament die Aufgabe der Bestätigung der Ernennung des Präsidenten zuteil werden zu lassen).

Der Präsident hätte gegenüber dem Europäischen Rat die Rolle eines „Chairman“, um Entscheidungen möglich zu machen. In seinem Rang würde er die Union nach Innen sowie auf internationaler Ebene vertreten. Der hätte die Verantwortung der Kommission gemäß dem Wortlaut des vom Präsidium vorgesehenen Textes.

Als Ausdruck der Einheit der Union einerseits und ihrer bunt zusammengesetzten Natur andererseits, die auf der doppelten Souveränität der Völker und der Staaten beruht, muss der Präsident sowohl das Vertrauen des Rates als auch des Europäischen Parlamentes haben. Deshalb schlagen wir vor, dass sein Mandat durch eine gemeinsame Entscheidung des Europäischen Rates (mit einer Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder, die mindestens zwei Drittel der Bevölkerung der Union darstellen) und des Europäischen Parlamentes (das mit der Mehrheit seiner Mitglieder entscheidet) beendet werden kann.

In keinem Fall würde der Vorschlag einer einzigen Präsidentschaft eine Art Präsidialmacht oder einen „Super-Präsidenten“ einführen. Dieser Präsident hat in der Tat keine eigene Entscheidungsgewalt im Namen der Union. Die Entscheidungen werden weiterhin *kollegial* im Rat und in der Kommission getroffen, gemäß den Regeln der Union. Da, abgesehen davon, Europa nicht den Anspruch eines Super-Staates hat, bleibt die Exekutivgewalt weiterhin Aufgabe der Staaten.

Die Hypothese der einzigen Präsidentschaft der Union würde auch weder den Sinn noch das Gleichgewicht der Institutionen stören. Es handelt sich keinesfalls darum, die Rollenaufteilung zu ändern, die weiterhin die Grundregel für die Institutionen ist und insbesondere für die Legislative: die Kommission schlägt vor, der Rat und das Parlament entscheiden. Darin wird

die Einführung eines einzigen Präsidenten nichts ändern. Es muss unterstrichen werden, dass es hier um die Rolle des Präsidenten der Union, nicht im Bereich der Legislative, sondern im *Bereich der Exekutive* geht: Vertretung der Union, Leitung der Außenpolitik, Vorsitz des Europäischen Rates, Umsetzung der Entscheidungen (da die gemeinschaftliche Exekutivgewalt – die ausführende Gewalt – seit Maastricht sehr ausgeweitet wurde, ist nun eine stabile und sichtbare Präsidentschaft dringend nötig geworden, die in der Lage ist, so etwas wie ein gemeinschaftliches „Leadership“ zu vermitteln). Die Kommission nimmt schon heute zu einem großen Teil an der Exekutivgewalt auf Unionsebene teil und hat hier auch die Rolle einer treibenden Kraft (Umsetzung der Entscheidungen des Rates, Ausarbeitung der ausführenden Maßnahmen im Rahmen des Ausschusswesens – unter der Präsidentschaft der Kommission; Führung der auswärtigen Beziehungen – in Verbindung mit dem Rat).

Die einzige Präsidentschaft stellt keine Revolution dar, sondern eine wichtige Etappe zu einer durchsetzungskräftigeren Union im Dienste des gemeinsamen Interesses. Sie soll weder zwischen den einzelnen Regierungen noch supranational fungieren, sondern gemeinschaftlich und die zweifache Natur der Union vereinen.

Um die Mitgliedstaaten stärker in die Organisation des institutionellen Lebens der Union mit einzubeziehen, wäre es außerdem wünschenswert, wenn der Europäische Rat sukzessive in jedem der Staaten, aus denen er sich zusammensetzt, nach dem Prinzip der Alternanz abgehalten werden würde.

Außerdem ist diese Kompromisslösung im Rahmen des *Gesamtgleichgewichts* anzustreben, indem die legitimen Sorgen des Einzelnen zusammengefasst werden. Deshalb müssen Lösungen, die für die Präsidentschaft der Ministerräte eingeführt werden, deutlich die notwendige Unterscheidung zwischen den legislativen und den exekutiven Tätigkeiten des Rates bedenken, das System der Rotation integrieren (insbesondere für den Legislativrat) und dabei nötige Kontinuität und Koordinierung gewährleisten und eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Rat und der Kommission begünstigen.

Wir schlagen des weiteren vor, das Prinzip beizubehalten, demgemäß ein *mehrfähriges Arbeitsprogramm von der Kommission vorbereitet* wird, vom Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ debattiert und vom Europäischen Rat angenommen wird. Es ist von äußerster Wichtigkeit, abgesehen von der erhöhten Stabilität der Präsidentschaften, der Union einen strategischen Rahmen zu verleihen, der es ihr ermöglicht, ihre Tätigkeiten und ihre Prioritäten effizient zu organisieren.

## ANHANG

Artikel 16 c folgendermaßen verfassen (neuer Artikel):

### „Artikel 16 c: Der Präsident der Union

1 – Die Präsidentschaft der Union wird nach dem Inkrafttreten der Verfassung der Union für die Dauer von zwei Mandaten des Europäischen Parlaments eingeführt. Der Europäische Rat kann einstimmig beschließen, zu einem vorgezogenen Zeitpunkt eine einzige Präsidentschaft einzuführen. Der Europäische Rat kann außerdem mit einer Mehrheit von fünf Sechstel der Mitgliedstaaten, die mindestens zwei Drittel der Bevölkerung der Union darstellen, beschließen, die einzige Präsidentschaft nicht zum vorgesehenen Zeitraum einzuführen.

2 – Für die Ernennung des Präsidenten der Union wird ein parlamentarisches Wahlkollegium nach den Wahlen zum Europäischen Parlament eingesetzt, das sich aus der Mitglieder des Europäischen Parlaments und aus Vertretern der nationalen Parlamente zusammensetzt. Den Vorsitz hat der Präsident des Europäischen Parlaments. Die Gesamtzahl der Mitglieder dieses Kollegiums beträgt nicht mehr als siebenhundert.

Der Europäische Rat ist mit qualifizierter Mehrheit beschlussfähig und schlägt dem Wahlkollegium in Anbetracht der Wahlergebnisse zum Europäischen Parlament einen Kandidaten für die Funktion des Präsidenten der Union vor. Dieser Kandidat wird vom Wahlkollegium mit der Mehrheit der Mitglieder, aus dem es sich zusammensetzt gewählt. Wenn dieser Kandidat nicht die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen kann, schlägt der Europäische Rat innerhalb eines Monats und der gleichen Vorgangsweise folgend, dem Wahlkollegium einen neuen Kandidaten vor.

Das Mandat des Präsidenten der Union kann durch eine gemeinsame Entscheidung des Europäischen Rates, der mit einer Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder entscheiden muss, die mindestens zwei Drittel der Bevölkerung der Union darstellen und des Europäischen Parlaments, das mit einer Mehrheit seiner Mitglieder entscheidet, beendet werden. Die Initiative für diese Maßnahme kann sowohl vom Europäischen Rat als auch vom Europäischen Parlament ausgehen.

3 – Der Präsident der Union hat den Vorsitz inne und leitet die Arbeiten des Europäischen Rates

und sichert deren Vorbereitung und Kontinuität. Er handelt dahingehend, um den Zusammenhalt und den Konsens innerhalb des Europäischen Rates zu erleichtern. Er legt dem Europäischen Parlament nach jeder Sitzung des Europäischen Rates einen Bericht vor.

4 – Der Präsident der Union übernimmt auf seiner Ebene die Vertretung nach außen.

5 – Der Präsident der Union hat den Vorsitz der Europäischen Kommission inne. Er legt die Richtungen fest, in deren Rahmen die Europäische Kommission ihre Aufgaben erfüllt.

---